

Das Pferd, das den Karren zieht

Süddeutsche Zeitung, 24. März 2005

„Viele sehen den Unternehmer als einen Tiger, den man erschießen sollte, andere als eine Kuh, die man melken kann, und nur wenig sehen ihn als das, was er ist, das willige Pferd, das den Karren zieht“. Ob Winston Churchill diese Aussage auch heute noch so treffen würde, weiß man nicht. Eine breite deutsche Öffentlichkeit jedenfalls teilt nach Opel, Siemens und Deutsche Bank seine positive Einschätzung der Unternehmer nicht mehr, zu Unrecht.

Nie waren Unternehmer so wertvoll wie heute in Zeiten der Globalisierung. In einer wirtschaftlich unsicheren Welt sind Akteure gefragt, die bereit sind, wirtschaftliche Risiken zu tragen. Der Staat ist keine große Hilfe, helfen können aber risikofreudige Unternehmer. Daran mangelt es allerdings in Deutschland. Darunter leiden alle, weil der Wohlstand kaum noch wächst. Wirklich hart trifft es aber die wirtschaftlich Schwächsten, die weniger Qualifizierten. Deren Chancen einen Arbeitsplatz zu ergattern, sinken drastisch.

Wer mehr Wohlstand für alle will, muss unser Land für Unternehmer attraktiver machen. Das glatte Gegenteil ist seit langem der Fall. Wir tun alles, wie der Index der wirtschaftlichen Freiheit des kanadischen Fraser-Instituts zeigt, Unternehmer zu vertreiben. Der Staat wuchert weiter, die Regulierungen werden dichter, die Bürokratien immer dreister, der Schutz privater Eigentumsrechte wird löchriger, der Marktzugang wird immer öfter behindert. Wir sind dem Sozialismus inzwischen näher als der Marktwirtschaft.

Vor allem der Mittelstand, ein starker Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, scheint immer öfter zu resignieren. Die Zahl der Konkurse erreicht jährlich neue Rekordhöhen, Unternehmen und Unternehmer wandern aus. Mit ihnen verlassen auch viele Hochqualifizierte das Land. Damit nicht genug: kreative

lifiziert das Land. Damit nicht genug: kreative unternehmerische Minderheiten ziehen sich in die innere Emigration zurück. Sie verweigern die Leistung, halten sich bei Investitionen zurück und engagieren sich weniger für die öffentliche Sache.

Wer dieser Entwicklung mit weiterer nachfragepolitischer Flickschusterei zu Lasten zukünftiger Generationen zu Leibe rücken will, handelt wider besseres Wissen. Eine ursachenadäquate Therapie muss an den strukturellen Ursachen der deutschen Krankheit ansetzen. Notwendig ist ein ordnungspolitischer Rahmen, der Unternehmer wieder unternehmen lässt und Anreize schafft, damit Unternehmer wieder unternehmen wollen und können.

Ein erster Schritt, Unternehmer wieder im Inland unternehmen zu lassen, wäre getan, wenn Politik, Gerichte und Bürokratie den Unternehmen nicht immer neue Knüppel zwischen die Beine werfen würden. Bürokratische Hürden, wie lange Genehmigungsverfahren, Doppelbürokratien, immer mehr staatliche Auskunftspflichten, sind Legion. Das geplante Antidiskriminierungsgesetz setzt alledem die Krone auf. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen leiden darunter. Sie müssen gegenwärtig über 4.300 Euro pro Mitarbeiter für die staatlich verordnete Bürokratie aufwenden. Bei großen Unternehmen sind es gerade mal 115 Euro.

Privatisieren, deregulieren und entbürokratisieren wäre ein gelungener Dreisprung. Wer ernsthaft entbürokratisieren will, muss allerdings den Staat auf seine Kernaufgaben zurückschneiden und Regulierungen auf ein Mindestmaß beschränken. Das lässt sich nur durch regionale Experimente in die Tat umsetzen, indem Bund, Länder und Kommunen mit den besten Rezepten gegeneinander konkurrieren. Dann wird sich herausstellen, was sinnvoll ist und was nicht. Der kostspielige Albtraum des gegenwärtigen Bürokratie-Dreikampfs (bürokratisch ersticken, künstlich wiederbeleben und staatlich neu gründen) wäre endlich vorbei.

Bei international attraktiven Renditen würden Unternehmen auch hierzulande wieder mehr unternehmen wollen. Das wäre der Fall, wenn Arbeit besser oder billiger würde. Man muss die Arbeitnehmer aber auch lassen und nicht als Mündel des Staates und der Tarifpartner behandeln. Die individuelle Vertragsfreiheit fristet auf den Arbeitsmärkten ein Schattendasein, mehr betriebliche Freiheit in der Lohn- und Tarifpolitik zerschellt am Widerstand des Tarifkartells. Legale betriebliche Bündnisse für Arbeit ohne Einspruchsrecht der Tarifpartner wären ein erster Schritt. Er käme dem Mittelstand zugute, der im Schraubstock des Preisdrucks als Vorlieferant und des Kostendrucks der Flächentarife eingeklemmt ist.

Der Staat kann die unternehmerische Rentabilität erhöhen, indem er den Standort für international mobiles Human- und Realkapital attraktiver macht. Das A und O ist dabei ein günstigeres (Steuer-)Preis-Leistungsverhältnis für das notwendige staatliche Angebot an öffentlichen Gütern. Der richtige Weg ist noch nicht ausgemacht. Allerdings kann auch hier Wettbewerb helfen, die Wissenslücke zu schließen. Ein adäquater Ordnungsrahmen muss sicherstellen, dass der wettbewerbliche Föderalismus auch effizient und gerecht ist. Das Scheitern der Föderalismuskommission ist ein herber Rückschlag.

Aus dem Wollen der Unternehmer wird nur ein Können, wenn sie auf mehr Kapital zurückgreifen können. Eine verstärkte Bildung von Eigenkapital ist das eine. Die effektiven Steuersätze müssen weiter sinken, Eigenkapital darf nicht diskriminiert werden, Erbschaftssteuern müssen international wettbewerbsfähig sein. Mehr Investitionen in Humankapital sind das andere. Schulen, berufliche Bildung und Universitäten müssen besser werden. Ohne eine stärkere finanzielle Eigenbeteiligung und mehr Wettbewerb in der Bildung geht es dabei nicht.

Mehr Wohlstand für alle ist in Deutschland auch in wirtschaftlich stürmischen Zeiten möglich. Allerdings müssen sich dann international erfolgreiche Unternehmer und Unternehmen hierzulande wieder wohlfühlen. Die Politik ist dringend und nachhaltig gefordert, die Bedingungen für erfolgreiches unternehmerisches Handeln zu schaffen. Diese Aufgabe wird nicht leichter, wenn Unternehmer als vaterlandslose Gesellen diffamiert werden. Aber auch ungeschickte Ackermänner erleichtern der Politik dieses schwierige Geschäft nicht. Trotzdem hat die Aussage des Nobelpreisträgers Milton Friedman vieles für sich: „Die einzige soziale Verantwortung des Unternehmers besteht darin, den Gewinn zu maximieren“.

Norbert Berthold